

home & care

Hinweise, Nachrichten und Hintergründe zur Asylpolitik

Ausgabe Mai/Juni 2016

Jeder zweite abgelehnte Asylbewerber kehrt freiwillig nach Hause zurück

Mehr als die Hälfte aller gescheiterten Asylbewerber kehrt freiwillig in ihre Heimatländer zurück. Genau 51 Prozent der Migranten ohne Anspruch auf Asyl reisten bis zum 31. Dezember vergangenen Jahres anstandslos wieder aus. Das teilte die Bundesregierung jetzt in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke (Linke) mit, aus der die Zeitung „Die Welt“ zitiert. Dabei bezieht sich die Regierung auf die Jahre 2014 und 2015.

Zu der großen Anzahl an Heimkehrern zählen vor allem viele Asylbewerber aus den sechs Westbalkanstaaten, insbesondere Albaner, Kosovaren, Serben und Mazedonier, die in der Regel keine Aussicht auf einen positiven Asylbescheid haben. Laut Bundesinnenministerium stammten 87 Prozent der Flüchtlinge, die Deutschland freiwillig wieder verließen, aus den Westbalkanstaaten.



shutterstock/vidowolart

Umfrage: Mehrheit gegen „Islam gehört zu Deutschland“

Die Bundesbürger sind dem Islam gegenüber inzwischen offenbar negativer eingestellt als noch vor einigen Jahren. Das legt eine Umfrage des WDR nahe, in der jüngst 60 Prozent der Befragten angaben, dass nach ihrer Meinung der Islam nicht zu Deutschland gehört. Nur mehr 34 Prozent sind demnach zurzeit gegenteiliger Ansicht. Das sah im Jahr 2010 noch anders aus: Damals stimmten 49 Prozent der Äußerung des damaligen Bundespräsidenten Christian Wulff zu, dass der Islam zu Deutschland gehöre.

Amnesty lobt deutsche Aufnahmebereitschaft

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International hat die Bundesbürger für ihre Hilfsbereitschaft gegenüber verfolgten und bedrohten Menschen gelobt. In China, Deutschland und Großbritannien seien Flüchtlinge besonders willkommen, teilte Amnesty jetzt als Ergebnis einer Umfrage in 27 Ländern mit. Am anderen Ende der Skala rangieren demnach Russland, Indonesien und Thailand, wo Flüchtlinge auf ausgesprochene Skepsis treffen.

Kommunen haben Flüchtlingskrise

Die Kommunen in Deutschland haben aktuell die Situation, die durch die verstärkte Zuwanderung von Asylsuchenden entstanden ist, meist noch im Griff. Allerdings ist in den Städten, Kreisen und Gemeinden vielfach die Kapazitätsgrenze erreicht. Das geht aus einer Befragung hervor, die das Institut für Demoskopie Allensbach zwischen Ende November 2015 und Mitte Januar 2016 bei insgesamt rund 350 kommunalen Verantwortungsträgern durchführte. Darin erklärten sich nur 7 Prozent der Kommunalpolitiker mit der Aufnahme von Flüchtlingen für überfordert. Viele der Verantwortlichen klagten jedoch darüber, dass ihnen ihre Aufgaben durch die gesetzlichen Rahmenbedingungen erheblich erschwert würden. Offenbar erweist sich auch in diesem Bereich die Bürokratie als sehr hinderlich bei der Lösung der drängenden Probleme. Und die stellen sich den Städten und Gemeinden nach Aussage ihrer Vertreter insbesondere bei der Wohnraumbeschaffung und der Personalsituation.

Die Bereitstellung von Unterkünften sei dabei aktuell die größte Schwierigkeit, mit der die Kreise und Kommunen zu kämpfen haben, fasst Allensbach die Ergebnisse der Interviews zusammen. In denen konnten sich die Befragten anonym und deshalb umso offener äußern. Demnach mangelt es in rund drei Vierteln der Fälle zur Bewältigung der Flüchtlingssituation vor allem (auch) an Wohnraum. Dies ist überdurchschnittlich häufig in Großstädten und in den westlichen Bundesländern der Fall. Verschärfend wirken sich dabei die geltenden Gesetze und Vorschriften aus, wie die kommunalen Verantwortlichen nahezu übereinstimmend kritisieren. Immerhin 88 Prozent von ihnen gaben an, durch bürokratische Vorgaben werde ihnen die durch den Zustrom von Flüchtlingen gestellte Aufgabe erschwert. Sage und schreibe 42 Prozent der Befragten fühlen sich sogar durch bürokratische Regulierungen massiv behindert. Im Zentrum der Kritik steht



Verteilungsquoten nach dem Königsteiner-Schlüssel für die Anwendung im Jahr 2016



© Vermessungsverwaltungen der Länder und BKG 2014, eigene Bearbeitung;
Kartographie und Layout: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Referat 124

dabei vor allem das Bau- bzw. Bauplanungsrecht. Das steht nach Aussage der Betroffenen insbesondere dann im Weg, wenn es darum geht, kurzfristig Flüchtlingsunterkünfte zu errichten – was in der aktuellen Situation bekanntlich vielfach gefordert ist. Deshalb rufen viele Kommunalpolitiker dringend nach einer Lockerung der Vorschriften vor allem beim Bau- und beim Ausschreibungsrecht.

Darüber hinaus haben rund zwei Drittel der Verantwortungsträger in den Kommunen mit unzureichenden personellen Ressourcen zu kämpfen, obwohl fast alle Kreise und Gemeinden zusätzliches Per-

noch im Griff– aber **Bürokratie** lähmt

sonal zur Bewältigung der Flüchtlingssituation eingestellt haben. Doch das reicht nach den Aussagen der Verantwortlichen nicht. Hierbei für Abhilfe zu sorgen fällt demnach jedoch schwer, weil 71 Prozent der Befragten von Problemen berichten, auf dem Arbeitsmarkt ausreichend qualifiziertes Personal zu finden. Nicht zuletzt auch deshalb muss rund ein Drittel der Kreise und Kommunen einräumen, dass die Tagesarbeit ihrer Verwaltung durch die Flüchtlingssituation sehr stark beeinträchtigt wird, bei weiteren 52 Prozent stark. Das führt dann vielfach dazu, dass die Kapazität der Mitarbeiter in den Verwaltungen allein schon durch die reine Unterbringung und Versorgung der Asylsuchenden ausgelastet ist. Für die notwendigen Maßnahmen, um eine erfolgreiche Integration zu gewährleisten, bleibt dann kaum noch Raum, wie viele Verantwortliche in den Kommunen beklagen. Dies umso mehr, als nach ihrer Aussage auch dafür landauf, landab kaum qualifiziertes Personal zu finden ist.

In dieser Lage erweist es sich für die Kommunen offenbar als Segen, dass die Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung immer noch groß ist. Das empfinden auch die Verantwortlichen in den Städten, Gemeinden und Kreisen so: 86 Prozent von ihnen bewerten die ehrenamtliche Unterstützung vonseiten der Bürger zur Bewältigung der Situation als sehr wichtig, weitere 14 Prozent als wichtig. Diese große Hilfsbereitschaft vor Ort ist demnach noch ungebrochen. Und die große Mehrheit der Kommunalpolitiker erwartet hier in den kommenden Monaten auch keine Veränderungen. Allerdings nehmen sie ebenfalls wahr, dass es neben der Hilfsbereitschaft verbreitet auch Befürchtungen in der Bevölkerung ob der hohen Flüchtlingszahlen gibt. So sehen sich 90 Prozent der Verantwortungsträger mit Ängsten und Sorgen ihrer Bürger über die Entwicklung der Flüchtlingszahlen konfrontiert. Rund ein Drittel berichtet auch von offener Ablehnung den Flüchtlingen gegenüber, die in den östlichen Bundesländern deutlich verbreiteter ist als im Westen: 69 Prozent gegenüber 23 Prozent. Wenn noch mehr Flüchtlinge aufgenommen werden müssen, rechnet eine Mehrheit von 62 Prozent der vor Ort Verantwortlichen damit, dass die Einstellung der Bevölkerung den Flüchtlingen gegenüber negativer werden wird.

Sorgen bereitet den Kommunen neben der Bewältigung der kurzfristigen Probleme insbesondere auch eine verbreitete Planungsunsicherheit angesichts längerfristiger Entwicklungen, wie sie insbesondere durch die Binnenwanderung von Asylbewerbern nach deren Anerkennung mehrheitlich erwartet werden. Im Rahmen dessen rechnen rund zwei Drittel der Großstädte hierzulande mit einem weiteren Zuzug von Flüchtlingen, während rund drei Viertel der ländlichen Kreise und Kommunen einen Wegzug erwarten.

Bundesländer unterschiedlich attraktiv für Zuwanderer

Die deutschen Bundesländer sind bei Flüchtlingen unterschiedlich beliebt. Wie das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln jetzt feststellte, lebten im Jahr 2014 rund 29 Prozent der anerkannten Asylsuchenden in Nordrhein-Westfalen.

Auf Platz zwei folgte Niedersachsen mit elf Prozent – bereits mit erheblichem Abstand. Um dahinterzukommen, warum diese Lücke so groß ist, wertete das IWF Zahlen des Statistischen Bundesamtes aus. Dabei sahen sich die Forscher besonders genau an, welche Gründe Zuwanderer zur Ansiedlung in bestimmten Bundesländern bewegen.

Für NRW spricht demnach, dass das Land in „weiten Teilen bereits migrantisch geprägt ist“. Will sagen: Zuwanderer zieht es gern dorthin, wo bereits eine größere Anzahl von Menschen aus ihrem jeweiligen Herkunftsland lebt. Ein solches Umfeld ist insbesondere für Zuziehende mit schlechten deutschen Sprachkenntnissen von Vorteil.

Berlin wiederum mit seinem Renommee als international attraktive Metropole ist für viele junge Leute interessant, besonders für Zuwanderer mit Aufenthaltsrecht zur Ausbildung. Immerhin verfügt die Hauptstadt über mehrere Universitäten.

An Bayern schätzen die Zuwanderer vor allem die sehr gute Lage am Arbeitsmarkt. Daher leben im Freistaat auch viele Migranten, die vor allem als Arbeitssuchende nach Deutschland kamen, so die IWF-Studie.

Gute Aussichten für Migranten bei der Berufsankennung

Migranten haben vielfach eine Ausbildung, die deutschen Abschlüssen vergleichbar ist. Wie Bundesbildungsministerin Johanna Wanka kürzlich berichtete, wurde 2014 bei den Verfahren zur Bewertung ausländischer Berufsqualifikationen in 78 Prozent der Fälle volle Gleichwertigkeit anerkannt. Im Jahr 2014 gab es demnach 20.000 solcher Verfahren zur Berufsankennung. Wie das Bundesbildungsministerium weiter mitteilte, sollen rund 30 Prozent der in Deutschland Asylsuchenden und Flüchtlinge über Berufs- und Hochschulabschlüsse verfügen, die hierzulande nutzbar sind.

Das seit 2012 geltende Anerkennungsgesetz des Bundes gibt Fachkräften aus dem Ausland

das Recht, überprüfen zu lassen, ob ihr Berufsabschluss mit einem deutschen Referenzberuf gleichwertig ist. Die Bundesregierung sieht in dem Gesetz auch ein Instrument zur Sicherung des Fachkräftebedarfs hierzulande. Viele Unternehmen, Handwerksbetriebe, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen in Deutschland suchen nach wie vor händeringend nach passendem Fachpersonal. Die Anerkennung eines gleichwertigen Berufsabschlusses ist insbesondere in bundesrechtlich geregelten Berufen, wie etwa dem zulassungspflichtigen Handwerk, für Ärzte, Krankenpfleger oder Apotheker, eine wichtige Voraussetzung, um in diesen Bereichen arbeiten oder sich selbstständig machen zu können.

Mit der Zahl der Flüchtlinge geht die Belegung in den Notunterkünften zurück

Während in den Kommunen der Wohnraum für Flüchtlinge meist weiterhin knapp ist, bleiben in den Erstaufnahmestellen und Notunterkünften derzeit viele Plätze leer. Der Grund dafür sind die rückläufigen Flüchtlingszahlen in den vergangenen Monaten, weil einige Staaten entlang der sogenannten Balkanroute ihre Grenzen dichtgemacht haben. Seitdem gelangen deutlich weniger Schutzsuchende nach Mitteleuropa als noch im vorigen Jahr. Nach Recherchen von Zeit Online sollen Mitte März pro Tag lediglich jeweils um die 100 Zuwanderer nach Deutschland gelangt sein. Zum Vergleich: Mitte Februar zählte die Bundespolizei pro Tag noch rund 2.000 Flüchtlinge.

Da nun erheblich weniger Migranten Deutschland erreichen, werden auch weniger Plätze in den Notunterkünften benötigt. Inzwischen sind viele halb leer oder im Fall von Sporthallen wieder ihrer eigentlichen Bestimmung zurückgegeben. Wie die Welt am Sonntag ermittelte, soll der Leerstand in Ostdeutschland vergleichsweise am größten sein. Die „WamS“ berichtet, dass die Belegungsquote in Thüringen nur bei 18,6 Prozent liegen soll, in Sachsen bei 20 Prozent und in Brandenburg immerhin noch bei 44 Prozent. Angespant ist die Lage demnach jedoch weiterhin insbesondere in den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen.

IMPRESSUM

Vi.S.d.P.: Prof. Dr. Klaus Kocks

STIFTUNG SOZIALE DIENSTE
Alfredstraße 234
45133 Essen
DEUTSCHLAND
public.service@mailtrack.de

Eine Initiative der
European Homecare GmbH
Alfredstraße 234
45133 Essen

